



 Abonnieren Sie mich auf Facebook:
<https://www.facebook.com/othmar.karas>

 Folgen Sie mir auf Twitter:
https://twitter.com/othmar_karas



Besuchen Sie mich im Internet:
<http://www.othmar-karas.at>
<http://www.othmar-karas.at/en>



Liebe Freunde!

Wir stehen vor Herausforderungen historischen Ausmaßes. Ich bin mir sicher, unsere Antwort auf die tragischen Ereignisse der letzten Wochen und Monate, kann nur eine gemeinsame sein. Sei es in der Flüchtlingsfrage oder beim Kampf gegen den Extremismus und Fundamentalismus: wir kommen nur weiter, wenn wir unsere Verantwortung europäisch und global wahrnehmen. Wir müssen zusammenarbeiten, nicht gegeneinander! Leider mangelt es in der öffentlichen Debatte an Sachlichkeit, Aufrichtigkeit und Ernsthaftigkeit. Deshalb ist es auch verständlich, dass sich die Flüchtlingsfrage mittlerweile zu einer der Hauptsorgen der Bürgerinnen und Bürgern entwickelt hat. Wir müssen klar differenzieren: Flüchtlinge sind Opfer des Terrorismus und nicht Täter. Es ist einfach unverantwortlich, das eine gegen das andere auszuspielen. Die Regel-, Rechts- und Wertgemeinschaften, denen wir angehören, müssen unsere Handlungsanleitung sein, nicht Umfragen, wahl- oder parteitaktische Überlegungen!

Als Abgeordneter zum Europäischen Parlament erachte ich es als meine Verantwortung, mich mit diesen umfassenden Themen differenziert und mit besonderer Sensibilität auseinanderzusetzen und nicht aus Gründen der Bequemlichkeit und Konfliktvermeidung in eine Schwarz-Weiß-Malerei zu verfallen. Wir können

Zahlen und Fakten statt Vorurteile

In der aktuellen Debatte um die Flüchtlingsströme kursieren zahlreiche Vorurteile und Irrtümer. Viele spielen mit den Ängsten der BürgerInnen und Bürger. Eine **Versachlichung der Debatte** ist dringend notwendig. Wir müssen die Verunsicherungen und Ängste durch Dialog und Aufklärung nehmen, anstatt sie zu schüren. Bleiben wir bei den Fakten!

Oftmals werden die Begriffe „**Migrant**“ und „**Flüchtling**“ synonym benutzt. Das kann leicht zu Missverständnissen führen. Ein Migrant ist prinzipiell jeder Mensch, der an einen anderen Ort zieht, sei es innerhalb eines Landes oder über Staatsgrenzen hinweg. Aber auch wenn jeder Flüchtling „migriert“ so gilt selbstverständlich nicht jeder Migrant als Flüchtling. Das **internationale Völkerrecht** zieht eine klare Linie! Nach der **Genfer Flüchtlingskonvention** (1951) sind Flüchtlinge Menschen, die ihr Heimatland aufgrund von Hautfarbe, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe (Ethnie) oder politischer Überzeugung verlassen mussten. Sie haben Rechte, wie etwa das Recht auf politisches Asyl, über die andere Migranten im Allgemeinen nicht verfügen. Als Asylwerber werden wiederum Menschen bezeichnet, die außerhalb ihres Heimatlandes einen Antrag auf Asyl gestellt haben, über den noch nicht entschieden wurde.

Wie viele sind nun auf der Flucht? Laut dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen „UNHCR“ flüchten weltweit rund **60 Millionen Menschen** vor Krieg, Verfolgung, Vertreibung, Hunger und Armut. Davon sind über **38 Millionen** an einen sicheren Ort **innerhalb des eigenen Landes** geflohen, knapp **22 Millionen** sind **Flüchtlinge** und **Asylwerber** und haben den Fuß über die Grenzen ihres Heimatlandes gesetzt. Von ihnen sind **86 % in den Nachbarländern untergekommen**. Der Konflikt in Syrien ist die Ursache der weltweit größten Flüchtlingsströme, sowohl innerhalb (etwa 7,6 Millionen Binnenvertriebene) als auch außerhalb des Landes (4,2 Millionen Flüchtlinge). **95 % aller syrischen Flüchtlinge wurden in den Nachbarländern aufgenommen**. Im Libanon – einem Land nicht größer als Tirol – leben derzeit neben den 4,4 Millionen Einheimischen über eine Million Flüchtlinge!

In Europa wird Schätzungen zufolge bis Jahresende mit über **1 Millionen** Asylanträgen gerechnet. Im Vorjahr waren es knapp **627.000**. Seit Jänner sind etwa **950.000 Menschen** nach Europa geflohen. Die meisten vor dem Krieg in Syrien, dem IS-Terror in der Region sowie der Diktatur in Eritrea. Die südlichen Länder an den EU-Außengrenzen sind am stärksten betroffen, Griechenland mit über 797.000 Flüchtlingen und Italien mit mehr als **149.000** Flüchtlingen. Schätzungsweise sind **3.605** Menschen in diesem Jahr bei der Flucht über das Mittelmeer ums Leben gekommen.

In Österreich wurden seit Jahresbeginn etwa **82.000** Asylanträge gestellt. Mit über **50.000** stammt der Großteil der Anträge aus den Konfliktregionen **Syrien, Afghanistan, Irak** und **Pakistan**. Bis Ende des Jahres wird mit einem Gesamtwert von **95.000** Asylanträgen gerechnet, das ist etwa dreimal so viel wie im Vorjahr. Auch wenn die heutige Ausgangslage eine andere ist, so dürfen

die vielfältigen Herausforderungen nur dann bewältigen, wenn wir wachsam und sachlich bleiben, informieren und aufklären, anstatt Ängste zu schüren und Schuld zuzuweisen. Auch wenn wir heute schon viel weiter sind als am Beginn des Jahres, müssen wir uns endlich auf die gemeinsamen Beschlüsse besinnen und entschlossen Taten setzen. Nur das schafft Glaubwürdigkeit, nur das schafft Vertrauen, nur das schafft die nötige Entschlossenheit auf dem Weg, gemeinsam die Bewährungsproben der Gegenwart und der Zukunft anzunehmen.

In dem vorliegenden Sondernewsletter zur Flüchtlingsfrage möchte ich Sie über **Zahlen und Fakten**, die konkreten **Vorschläge und Lösungsansätze** der Europäischen Kommission sowie die aktuellen **Entwicklungen auf europäischer Ebene** informieren.

OK für Europa!

Ihr



wir nicht außer Acht lassen, dass Österreich bereits größere Flüchtlingsströme bewältigt hat: **180.000** Menschen im Zuge des ungarischen Volksaufstandes (1956/1957), **162.000** nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die damalige Tschechoslowakei (1968) und **90.000** nach dem Zerfall Jugoslawiens (1992-1995) (<http://bit.ly/1Ne4ET0>).



Welche Schritte hat die EU bis dato gesetzt?

Seit den 2000er-Jahren hat die EU-Kommission zahlreiche Rechtsvorschriften vorgelegt, um die Schaffung des **Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)** voranzutreiben; im Juli dieses Jahres ist die letzte Vorschrift in Kraft getreten (<http://bit.ly/114ahQk>). Bereits im Mai hat die Kommission mit der umfassenden **Europäischen Migrationsagenda** (<http://bit.ly/1JHfDBL>) einerseits Sofortmaßnahmen vorgeschlagen – wie etwa die Notfallregelung um zunächst **40.000** Flüchtlinge aus Italien und Griechenland in andere Länder zu verteilen – sowie andererseits Schwerpunkte in **vier Bereichen** gesetzt: (1) Anreize für die irreguläre Migration reduzieren, (2) Rettung von Menschenleben und Sicherung der Außengrenzen, (3) eine starke gemeinsame Asylpolitik, sowie (4) ein neuer Zugang zur legalen Migration. Durch eine **Verdreifachung** der Präsenz der Europäischen Grenzschutzbehörde „Frontex“ im Mittelmeer konnten seitdem mehr als **122.000 Menschen** gerettet werden. Durch **verstärkte Anstrengungen gegen Menschenschmuggler** hat sich die Zahl der Menschen, die über die Mittelmeerroute nach Europa kommen, im August bei der Vorjahreszahl von etwa **115.000 stabilisiert**. Die EU hat zudem rund **4,2 Mrd. EUR** an humanitärer, an Entwicklungs-, an Wirtschafts- und an Stabilisierungshilfe bereitgestellt um die syrische Bevölkerung im eigenen Land und in der Region (Libanon, Jordanien, Türkei und Irak) zu unterstützen.

Als Reaktion auf die Zuspitzung der Krise hat Kommissionspräsident Juncker am 9. September ein weiteres konkretes **Gesetzespaket** (<http://bit.ly/1LXb6x4>) vorgelegt: darunter der Vorschlag zur Notumsiedlung von weiteren 120.000 Flüchtlingen; ein permanenter Aufteilungsmechanismus für alle Mitgliedsstaaten; eine gemeinsame europäische Liste sicherer Herkunftsstaaten; die effektivere Organisation von Rückkehr und Rückführung

sowie ein Treuhandfonds für Stabilität und Ursachenbekämpfung in Afrika. Am Tag darauf hat das EP die Vorschläge der Kommission mit einer klaren **Dreiviertelmehrheit** begrüßt und unterstützt (<http://bit.ly/1KLPMO2>). Nachdem das EP den Weg für die zusätzliche Verteilung von **120.000 Flüchtlingen** am 17. September freigemacht hat (<http://bit.ly/1KsloWF>), beschlossen am 22. September auch die EU-Staaten diese Regelung (<http://bit.ly/1KIEvhL>). Am 8. Oktober einigten sich die 28 EU-Innenminister auf eine **effizientere EU-Rückführungspolitik** und billigten **zusätzliche Finanzhilfen** aus dem diesjährigen EU-Haushalt (<http://bit.ly/1MIUxsi>).

Um die kritische Lage auf der Balkanroute zu bewältigen, einigten sich am 25. Oktober die Vertreter unmittelbar betroffener EU-Staaten und Westbalkanländer auf einen **17-Punkte-Plan** mit operativen Maßnahmen, darunter die Schaffung von **100.000 Aufnahmeplätzen** auf der Balkanroute (<http://bit.ly/1LQ5EKA>). Am 12. November kamen bei einem **Sondertreffen zu Migrationsfragen** in Malta 80 Regierungen aus Europa und Afrika zusammen und einigten sich auf einen **gemeinsamen Aktionsplan** (<http://bit.ly/1IjYul5>) der auf bestehende Maßnahmen und Kooperationsrahmen aufbauend Schwerpunkte in fünf Bereichen setzt: (1) Beseitigung der Migrationsursachen, (2) Aufbau und Organisation legaler Migrationswege, (3) mehr Schutz für Migranten und Asylbewerber, (4) Bekämpfung der Ausbeutung und Schleusung von Migranten sowie eine (5) bessere Zusammenarbeit bei der Rückführung, Rückübernahme und Reintegration. Am 30. November einigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs schließlich mit der Türkei auf einen **gemeinsamen Aktionsplan** um die Zusammenarbeit in der Flüchtlingsfrage zu verbessern (<http://bit.ly/1NgcFXz>).

Auch wenn wir heute schon viel weiter sind als am Beginn des Jahres hinken die Taten den Zielen hinterher! In den folgenden Abschnitten stelle ich Ihnen meine **konkreten Forderungen** vor.



1. Bekämpfung der Ursachen

Die Probleme beginnen nicht erst an der EU-Außengrenze, sondern dort, wo die Menschen leben. Menschen für die das Risiko der Flucht geringer scheint, als die Hoffnung auf Frieden und ein besseres Leben daheim, machen sich auf den Weg. Deshalb steht für mich fest, dass wir die Flüchtlingsströme dauerhaft nur bewältigen können, wenn auch deren eigentliche Ursachen – wie **Krieg, Verfolgung, Vertreibung, Hunger und Armut** – angegangen werden. Wir brauchen eine schlagkräftigere und einheitlichere gemeinsame Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU und eine engagiertere gemeinsame Entwicklungspolitik, damit wir Krisen verhindern und die Lebensbedingungen der Menschen in den Ländern verbessern können. Der Konflikt in Syrien zwingt weltweit die meisten Menschen zur Flucht und verlangt nach einem international abgestimmten und von den Vereinten Nationen koordinierten Vorgehen, bei dem die EU eine Schlüsselrolle übernehmen muss. Die EU muss **auch außenpolitisch effektiver** werden!

Es ist ein Trauerspiel, dass versprochene Gelder der EU-Mitgliedstaaten nicht fließen. Beim Sondergipfel am 23. September war vereinbart worden, die Beiträge der Mitgliedstaaten für den neuen EU-Afrikafonds, den EU-Syrienfonds sowie für das UN-Flüchtlingskommissariat und das UN-Welternährungsprogramm massiv zu erhöhen. Seitdem hat die EU aus eigenen Mitteln insgesamt **2,8 Mrd. EUR** bereitgestellt. Die EU-Staaten haben bis dato an freiwilligen Beiträgen für den Afrikafonds nur **81 Mio. EUR statt 1,8 Mrd. EUR** und für den Syrienfonds nur **48 Mio. EUR statt 500 Mio. EUR** geleistet. Ohne die nötigen finanziellen Mittel werden wir es nicht schaffen. Daher müssen die Rückzahlungen von **9,4 Mrd. EUR** aus dem EU-Haushalt an die Mitgliedstaaten gestoppt und damit gemeinsame Grenzschutz-, Bildungs- und

Beschäftigungs-Programme finanziert werden. Geben wir den Menschen Hoffnung dort, wo sie leben!



2. Sicherung der Außengrenzen

Wie Präsident Juncker im September bekräftigt hat, erfordert eine wirklich geeinte europäische Flüchtlings- und Asylpolitik auch verstärkte gemeinsame Bemühungen zur **Sicherung der Außengrenzen**. Internationale Entscheidungen sind im nationalen Interesse. Nationale Alleingänge bringen uns nicht weiter, wollen wir die Zuwanderung bewältigen, managen, reduzieren und uns nicht bloß abschotten. Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedstaaten wurden durch die **Schengener Abkommen** erfolgreich abgeschafft und gewährleisten die Freizügigkeit von Personen innerhalb der Union – dieses Recht ist eine der **größten Errungenschaften europäischer Integration**. Das dürfen wir nicht gefährden!

Gleichzeitig heißt das aber auch, dass die Mitgliedstaaten enger beim **Schutz der EU-Außengrenzen** zusammenarbeiten müssen. Bereits im Mai hat die Kommission eine erhebliche Stärkung der Europäischen Grenzschutzbehörde „Frontex“ gefordert. Beim EU-Gipfel am 15. Oktober haben sich die Staats- und Regierungschefs geeinigt, auf die schrittweise Errichtung eines **integrierten Grenzmanagementsystems** hinzuwirken und die Entwicklung eines **europäischen Grenz- und Küstenschutzsystems** zu verstärken. Die Kommission muss nun zügig ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung des Managements unserer Außengrenzen vorlegen!



3. Legale und sichere Migrationswege

Die Möglichkeiten für schutzbedürftige Menschen legal in die EU einzureisen, sind sehr beschränkt. Durch das Errichten von Grenzzäunen und das Abriegeln von Außengrenzen haben sie bei ihrer Suche nach Schutz in Europa oftmals keine andere Wahl, als auf kriminelle Schleuser und gefährliche Routen zurückzugreifen. Genau aus diesem Grund brauchen wir **neue, sichere und legale Migrationswege!**

Präsident Juncker hat im September angekündigt, dass die Kommission Anfang 2016 ein entsprechendes Gesetzespaket vorlegen wird. Auch das EP will, dass Mitgliedstaaten Flüchtlinge aus Drittstaaten über ein obligatorisches Neuansiedlungsprogramm aufnehmen und hält es „für absolut vorrangig, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten sichere und legale Wege für Flüchtlinge schaffen, wie etwa die Einführung **humanitärer Korridore und Visa aus humanitären Gründen**“ (<http://bit.ly/1jQxizv>).



4. Gemeinsame Liste sicherer Herkunftsstaaten und Verteilung

Für mich steht außer Zweifel, dass die Mitgliedstaaten, in denen die meisten Flüchtlinge zuerst ankommen, entlastet werden müssen! Die Verteilung von **160.000** Flüchtlingen wird nicht ausreichen, ein Notfallmechanismus ist nicht das Ende der Fahnenstange. Wir brauchen einen gerechten **permanenten Mechanismus** zur Abänderung der nicht mehr funktionierenden Dublin-Regelung. Das Gesetz für einen auf Dauer angelegten Mechanismus fällt unter

das ordentliche Gesetzgebungsverfahren, bei dem Parlament und Rat gleichberechtigt sind. Die EU-Staaten müssen diese Regelungen nun endlich annehmen!

Wir müssen auch besser zwischen denjenigen unterscheiden, die eindeutig internationalen Schutz benötigen und denjenigen, die ihr Land aus anderen Gründen verlassen, die nicht unter das Asylrecht fallen. Um zwischen den beiden Bereichen besser differenzieren zu können und um Asylverfahren zu beschleunigen hat die Kommission im September eine gemeinsame **EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten** vorgeschlagen (<http://bit.ly/1PKS4uP>).



5. Zusammenarbeit mit der Türkei

Für mich steht fest: Die Türkei ist Beitrittskandidat der EU. Aber die EU ist derzeit weder aufnahmefähig für die Türkei, noch ist die Türkei beitriffähig. Verstärkter Dialog und Zusammenarbeit in der Flüchtlingsfrage sind jedenfalls für beide Seiten unerlässlich. Deshalb begrüße ich den **gemeinsamen Aktionsplan**, den die EU-Staats- und Regierungschefs mit der Türkei am 29. November angenommen haben (<http://bit.ly/1lcO2Mz>). Mit einer Reihe kurz- und mittelfristiger Maßnahmen sollen die Flüchtlinge und ihre Aufnahmegemeinschaften in der Türkei unterstützt und unkontrollierte Migrationsströme in die EU verhindert werden.

Mit rund **2,5 Millionen** Flüchtlingen hat die Türkei mehr Flüchtlinge als jedes andere Land der Welt aufgenommen. Das muss die EU anerkennen. Auf der anderen Seite muss die Türkei aber ebenso zum Handeln bereit sein und den Reformprozess zügig und konsequent fortsetzen. Die Menschenrechte sind die Grundpfeiler unserer demokratischen Gesellschaften und nicht verhandelbar. Die EU lässt sich nicht erpressen!



Flüchtlingsströme können wir nur gemeinsam bewältigen!

Die erschütternden Ereignisse der letzten Monate und diese Zahlen und Fakten machen deutlich, dass die Flüchtlingsströme in der Politik **oberste Priorität** haben müssen. Niemand darf ihnen gegenüber neutral sein. Gleichzeitig steht für mich fest, dass diese Herausforderungen mit keiner Einzelmaßnahme zu bewältigen sind. Aufteilungsquoten oder eine Überarbeitung des Dublin-Systems alleine bekämpfen nur Symptome und packen das Problem nicht am Schopf. Wir brauchen gezielte Maßnahmen in jenen Ländern, wo die Menschen leben, einen effektiven Schutz der EU-Außengrenzen und ein **umfassendes EU-Migrations- und Integrationspaket** mit kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Maßnahmen.

Auch eine **Änderung der Entscheidungsmechanismen** ist notwendig, damit die Migrationspolitik nicht mehr nur kleinster gemeinsamer Nenner bleibt oder beschlossene Vorgangsweisen nicht unbestraft ignoriert werden können. Mehrheitsentscheidungen der EU-Mitgliedstaaten sollen die Regel werden, damit europäische Gesetze zukünftig nicht mehr von wenigen Ländern blockiert werden können. Es ist unehrlich, wenn manche Regierungen in Europa sagen, „die EU handelt nicht“, aber gleichzeitig jeden Vorschlag der EU-Kommission ausbremsen. Daher begrüße ich die **Europäische Migrationsagenda** vom 13. Mai sowie das von Präsident Juncker am 9. September vorgelegte **Gesetzespaket zur Bewältigung der Flüchtlingskrise** und die **17-Punkte** vom 25. Oktober.

Die EU ist eine Rechtsgemeinschaft und kann nur dann funktionieren, wenn **das Recht die Basis der Entscheidungen und des Umgangs** miteinander bleibt. Im April haben die Staats- und Regierungschefs der EU die vollständige Umsetzung des **GEAS** gefordert um gemeinsame europäische Normen im Rahmen der bestehenden Rechtsvorschriften zu gewährleisten.

Am 23. September sah sich die Kommission gezwungen **40 Vertragsverletzungsverfahren** gegen 19 EU-Staaten einzuleiten, da diese die Regelungen nicht vollständig umgesetzt haben. Als **Hüterin der Verträge** will die Kommission dafür sorgen, dass die Mitgliedstaaten tatsächlich zügig und vollständig umsetzen und anwenden, was sie früher zugesagt haben (<http://bit.ly/1V9ldq8>). Kommission und Parlament wollen weiterhin unsere **Verantwortung gemeinsam wahrnehmen!** Die EU sind wir ALLE. Der Schlüssel zum Erfolg liegt bei der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, bei den notwendigen Taten der Solidarität. Nur gemeinsam sind wir stark!

Es steht fest, dass uns die Migrations- und Integrationsfragen noch länger beschäftigen und unsere europäische Gesellschaft verändern werden. Die Frage ist, wie wir diese Veränderung steuern und gestalten. Was die EU braucht sind **keine neuen Grenzen oder Abschottung**. Wir brauchen eine **Vertiefung unserer gemeinsamen Rechts-, Werte- und Solidaritätsgemeinschaft** um handlungsfähiger zu werden und unsere Verantwortung in der Welt und nach innen verstärkt wahrzunehmen. Die Flüchtlingskrise, Kriege, Hunger, Vertreibungen und Korruption sind Tatsachen. Tatsachen, die jetzt zur **Geburtsstunde einer wahrhaft gemeinsamen Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Entwicklungs-, Migrations- und Integrationspolitik** werden müssen!

Hier finden Sie meine diesbezüglichen Reden im Europäischen Parlament (<http://bit.ly/1Lru8J3>) und im Österreichischen Nationalrat (<http://bit.ly/1YBOjOf>, <http://bit.ly/1IjYul5>).



Karas vor Ort

Die vergangenen Wochen und Monate habe ich dazu genutzt, um mir vor Ort ein umfassenderes Bild zu machen und zu lernen. Sei es durch den Austausch mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern beim **Vernetzungstreffen zur Asylquartierkrise** im Rahmen des **Europäischen Forums Alpbach**, am **Westbahnhof**, beim **Transitlager in Salzburg** und an der **Grenze in Freilassing**, im **Hilfswerk**, bei persönlichen Gesprächen und Telefonaten mit **ehrenamtlichen Helfern**, Verantwortlichen von **Caritas**, **Rotes Kreuz**, **Volkshilfe** und der **Polizei**. Sei es bei meiner Reise zu den **Vereinten Nationen in New York** oder bei meinem Besuch des **World Food Programme (WFP) in Rom** – Information schafft Bewusstsein!

Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der **Zivilgesellschaft**, den **NGO** und **öffentlicher Beteiligung** macht Mut und gibt Hoffnung. Der großartige Einsatz von Freiwilligen ist ein starkes Zeichen der Zivilgesellschaft für mehr Menschlichkeit und Solidarität. Ohne dem unermüdlichen Engagement und der Hilfe der Freiwilligen wäre die öffentliche Hand bei vielen Aspekten der Flüchtlingsbetreuung überfordert. Wenn die Zusammenarbeit sowie die **Information und Kommunikation** zwischen den Freiwilligen, NGO und Einrichtungen der öffentlichen Hand gut funktioniert, geht es leichter. Hand in Hand kann es uns gelingen auch große Herausforderungen zu meistern!



Wie geht es weiter?

Mit der **Europäischen Migrationsagenda** vom Mai und dem umfassenden **Gesetzespaket zur Bewältigung der Flüchtlingskrise** vom September hat die Kommission dringend notwendige Maßnahmen auf den Tisch gelegt. Die bisherigen Beschlüsse waren gut und die Signale wurden gesendet: nun ist es höchste Zeit, dass die Mitgliedsstaaten ihren Worten Taten folgen lassen und diese Maßnahmen endlich vollständig beschließen. Gipfeltreffen und deren Absichtserklärungen alleine reichen nicht aus. Was wir brauchen ist ein

konkreter Maßnahmen- und Zeitplan zur Umsetzung der Kommissionsvorschläge. Darüber hinaus erwarte ich mir von den Mitgliedstaaten ein gemeinsames Auftreten bei den Vereinten Nationen und ein gemeinsames Programm, welche Maßnahmen international zu ergreifen sind um die Ursachen der Flüchtlingsströme besser zu bekämpfen.

Die beim **G20-Gipfel in Antalya** von **15. bis 16. November** getroffenen Entscheidungen, wie zum Beispiel ein stärkerer Schutz und mehr Unterstützung für Flüchtlinge sowie eine bessere Verteilung, gilt es nun mit voller Kraft in Angriff zu nehmen! Auch den **gemeinsamen Aktionsplan** mit der Türkei müssen wir rasch umsetzen. Bei den anstehenden Tagungen der EU-Innenminister sowie der europäischen Staats- und Regierungschefs (**17. bis 18. Dezember**) wird der Umsetzungsstand der beschlossenen Maßnahmen geprüft werden. Noch im **Dezember** wird die Kommission ein weiteres Gesetzespaket zur Verbesserung des Grenzmanagements vorlegen.

Die Migrationsfrage ist eine Bewährungsprobe historischen Ausmaßes für die EU und die internationale Staatengemeinschaft. Ich bin davon überzeugt, nur **GEMEINSAM** können wir diese erfolgreich bewältigen!

Gerne halte ich Sie über die weiteren Entwicklungen am Laufenden.

Mag. Othmar Karas, M.B.L.-HSG

Mitglied des Europäischen Parlaments
Europäisches Parlament, Rue Wiertz 60, B-1047 Bruxelles
Tel. +32 (2) 28 - 47627, Fax +32 (2) 28 - 49627
E-Mail: othmar.karas@europarl.europa.eu
Internet: www.othmar-karas.at

Bildnachweise: Artikel 1: Kameradschaftsbund NÖ | Artikel 2: Club Alpbach Salzburg | Artikel 3: WK Tirol | Artikel 4: Büro Karas | Artikel 5: Büro Karas

Wenn Sie künftig keine Information mehr erhalten möchten, schreiben Sie uns bitte eine E-Mail an othmar.karas@europarl.europa.eu